

Keine Ausgrenzung von Marxisten aus der Partei DIE LINKE

Der stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst, und andere wollen verhindern, dass elf SAV- und ehemalige WASG-Berlin-Mitglieder in DIE LINKE aufgenommen werden und haben Einspruch gegen die Mitgliedschaft erhoben.

Unter den elf Mitglieder befinden sich die ehemalige Spitzenkandidatin der WASG Berlin Lucy Redler, der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats und ver.di-Betriebsgruppenvorsitzende an Europas größten Uniklinikum Charité Carsten Becker und der SAV-Bundessprecher Sascha Stanicic. Weitere betroffene GenossInnen sind Hakan Doganay, Aron Amm, Stephan Kimmerle, Anne Engelhardt, Holger Dröge, Michael Schilwa, Miroslav Voslon und Michael Koschitzki.

Vorwürfe von Klaus Ernst

Die Argumente zur Begründung dieses Einspruchs konstruieren einen Widerspruch der von uns vertretenen politischen Positionen zu Programm und Satzung der LINKEN.

Klaus Ernst argumentiert, dass unsere ablehnende Haltung einer bedingungslosen Fusion vor anderthalb Jahren einen Widerspruch zur Programmatik darstellt, da die Fusion Grundsatz der Partei sei. Würde man der Logik folgen, müssten jedoch all jene Mitglieder, die damals in Urabstimmung gegen die Fusion gestimmt hatten oder die erst später in die Partei eingetreten sind, ausgeschlossen werden.

Weiterhin wird die eigenständige Kandidatur der WASG Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen 2006 als Bruch demokratischer Entscheidungen dargestellt. Während der Bundesparteitag sich gegen konkurrierende Kandidaturen ausgesprochen hatte, hatte der Berliner WASG-Landesparteitag sich wiederholt mit großer Mehrheit für einen eigenständigen Antritt ausgesprochen. Das war eine demokratische Entscheidung. Wieso gilt im Fall der Regierungsbeteiligung

der LINKEN in Berlin „das entscheidet die Landesebene“, beim Wahlantritt der WASG Berlin aber nicht?

Was steht dahinter?

Unabhängig, wie man zu der eigenständigen Kandidatur steht: Bei den Einsprüchen von Klaus Ernst geht es um etwas anderes: Klaus Ernst bemüht eine Schlacht der Vergangenheit, um profilierten GegnerInnen der Politik des roten Senats in Berlin die Mitgliedschaft zu verwehren und um dadurch die wachsenden Reihen der innerparteilichen KritikerInnen an dieser „Realpolitik“ zu schwächen.

Im Gegensatz zur Programmatik der Partei stehen nicht wir, sondern die Führung des Landesverbandes Berlin, die für die Exekutierung von Sozialabbau, Privatisierungen, Tariffucht etc. mit verantwortlich ist und zuletzt im Bundesrat dem Milliarden-Rettungspaket für die Banken zugestimmt hat.

Aus Sicht des Bezirksvorstands Neukölln der LINKEN und auch aus unserer Sicht geht es bei den Einsprüchen um den Versuch, die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in SAV und der LINKEN herzustellen. Es geht in jedem Fall um viel mehr als nur um die SAV. Wenn dieser Versuch, die Partei nach links dicht zu machen, durchkommt, wird sich dies in Zukunft auch gegen andere kritische GenossInnen wenden.

Deshalb ist Solidarität dringend nötig – unabhängig davon, ob ihr mit unseren inhaltlichen Positionen in der Vergangenheit oder heute übereinstimmt. Es geht um die Pluralität und Offenheit der Partei. Inhaltliche Differenzen müssen politisch und nicht administrativ gelöst werden.

Wie geht es jetzt weiter?

Im Fall von Lucy Redler und Sascha Stanicic hat der zuständige Bezirksvorstand der LINKEN in Berlin-Neukölln den Einspruch von Klaus Ernst und anderen zurück gewiesen. Daraufhin haben Klaus Ernst und Thomas Händel Widerspruch gegen diese Entscheidung

eingelegt. Die Landesschiedskommission behandelt diesen Widerspruch am 12. Dezember 2008.

In den Bezirken Pankow, Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Treptow-Köpenick und Tempelhof-Schöneberg wurde den Einsprüchen gegen neun GenossInnen statt gegeben. Von besonderer Brisanz ist, dass im Bezirk Mitte der ver.di-Betriebsgruppenvorsitzende der Charité, Carsten Becker, nicht in die Partei gelassen wird. Dieser steht seit Jahren in Auseinandersetzungen mit dem Senat und hatte im Jahr 2006 einen erfolgreichen Streik organisiert. Alle Betroffenen legen Widerspruch gegen diese Entscheidungen vor der Landesschiedskommission ein.

Die bisherigen Verhandlungen erinnern zumindest teilweise mehr an Kritik- und Selbstkritikstunden aus unrühmlicher Vergangenheit der PDS-Vorgängerpartei, als an eine sachliche Verhandlung zur Feststellung, ob die beschuldigten GenossInnen gegen Programm und Satzung der LINKEN verstoßen. So gab es Aufforderungen diverse Fehler und Fehleinschätzungen zuzugeben. Carsten Becker wurde sogar gefragt, ob er dem zukünftigen Doppelhaushalt des Berliner Senats zustimmen wird!

Wir wollen mit unserer Mitgliedschaft einen Beitrag leisten, bundesweit eine starke, kämpferische und sozialistische Partei aufzubauen. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass das nur möglich ist, wenn die Partei bundesweit nicht dem Berliner Kurs folgt. Deshalb wollen wir mit unserem Eintritt auch die Stimmen der Senats-KritikerInnen in der Berliner LINKEN stärken.

Wir bitten euch um Solidarität durch eure Unterschrift und zusätzliche Protestmails an folgende Adressen:

schiedskommission@die-linke-berlin.de
info@die-linke-berlin.de
klaus.ernst@die-linke.de

Volle Unterschriftenlisten bitte faxen an 030/24723804